

# ANTRAG nach dem NÖ Mindestsicherungsgesetz

Eingangsvermerk:



**Folgende Unterlagen sind sowohl hinsichtlich der antragstellenden Person, als auch der in den Beilagen A und B genannten Personen, in Kopie anzuschließen:**

- Geburtsurkunde
- Staatsbürgerschaftsnachweis
- Aufenthaltstitel, Anmeldebescheinigung
- Amtlicher Lichtbildausweis
- Heiratsurkunde/Partnerschaftsurkunde
- Scheidungsurteil und Vergleichsausfertigung (jeweils mit Rechtskraftvermerk)
- Sachwalterbeschluss
- Vermögensnachweise (z.B. Girokontoauszüge jedenfalls der letzten drei Monate, Sparbücher, Bausparvertrag, Grundbuchsauszüge)
- Nachweis über Familienbeihilfe
- Einkommensnachweise (z.B. Lohnbestätigung, AMS-Bezugsbestätigung, Pensionsmitteilung, Rentennachweis, Nachweis über Unterhaltsansprüche, Kinderbetreuungsgeld, Krankengeld, Einnahmen-Ausgaben-Rechnung jedenfalls der letzten drei Monate bzw. gegebenenfalls Gewinn und Verlustrechnung etc.)
- Bestätigung der Vormerkung zur Arbeitssuche, AMS-Betreuungsvereinbarung

**Folgende Unterlagen sind darüber hinaus in Kopie anzuschließen:**

- Mietvertrag und aktuelle Miet- und Betriebskostenvorschreibung (ev. Zahlungsbestätigung der laufenden Miete)
- Nachweis über Wohnzuschüsse
- im Fall eines Eigenheims: Betriebskostennachweise, Grundbuchsauszug

**Anzahl der Personen, die gemeinsam in Haushalts- oder Wohngemeinschaft leben**

## Angaben zur antragstellenden Person

<b>Familienname</b>			
<b>Vorname</b>			<b>Geschlecht</b> <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich
<b>Gesetzliche Vertretung (Eltern, Sachwalter)</b>			
<b>Antrag auf Geldleistungen der bedarfsorientierten Mindestsicherung</b>	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<b>Antrag auf Krankenhilfe</b>	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
<b>Hauptwohnsitz derzeit</b>			
<b>abweichender Hauptwohnsitz innerhalb der letzten 6 Jahre</b>	von	bis	
	von	bis	
	von	bis	
<b>Telefonnummer</b>			

<b>Familienstand</b>		<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> Lebensgemeinschaft/Ehe/eingetragene Partnerschaft mit	
<b>Sozialversicherungsnummer (10-stellig)</b>		<b>Krankenversicherung</b>	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja , bei
<b>Staatsbürgerschaft</b>		<b>Aufenthaltstitel</b>	
<b>Berufliche Tätigkeit</b>		<b>Pflegegeld</b>	Stufe: Höhe
<b>Wohnsituation</b>			
<b>Wohnform (eines ankreuzen)</b>	<input type="checkbox"/> Eigenheim <input type="checkbox"/> Mietobjekt	<input type="checkbox"/> Genossenschaftswohnung <input type="checkbox"/> Sonstiges:	
<b>monatliches Nutzungsentgelt (Miete)</b>		<b>Betriebskosten</b>	
<b>Wohnzuschuss in der Höhe</b>		<b>ausbezahlt von</b>	
<b>Einkommen</b>			
aus Erwerbstätigkeit, Pension, Arbeitslosengeld, Unterhalt, Kinderbetreuungsgeld, Miete, Pacht usw.			
<b>Art</b>		<b>Höhe</b>	<b>Auszahlende Stelle</b>
<b>Art</b>		<b>Höhe</b>	<b>Auszahlende Stelle</b>
<b>Art</b>		<b>Höhe</b>	<b>Auszahlende Stelle</b>
<b>Vermögen</b>			
<b>Girokonto</b>	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	<b>Bankinstitut</b> <b>Bankleitzahl</b>
<b>Sparguthaben</b>	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	<b>Bankinstitut</b> <b>Bankleitzahl</b>
<b>Bausparvertrag</b>	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	<b>Bausparkasse</b> <b>Vertragsnummer</b>
<b>Lebensversicherung</b>	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	€	<b>Versicherungsgesellschaft</b> <b>Polizze</b>
<b>Sonstiges Vermögen (zB PKW, Aktien, ...)</b>	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		
<b>Grundeigentum</b>	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<b>EZ</b> <b>KG</b> <b>EZ</b> <b>KG</b>	

<b>Haben Sie einen Antrag auf eine Pension, Rente oder Pflegegeld gestellt? Wenn ja, sind nachstehende Angaben zu machen:</b>			
<b>offene Verfahren</b> (Angaben zur zuständigen Pensionsversicherungsanstalt oder zum Gericht und der Aktenzahl sowie zum Verfahrensstand)			
<b>Haben Sie einen Antrag auf Unterhalt gestellt? Wenn ja, sind nachstehende Angaben zu machen:</b>			
<b>Unterhaltsverpflichteter</b>		<b>Sozialversicherungsnummer (10-stellig)</b>	
<b>offene Verfahren</b> (Angaben zum zuständigen Gericht und der Aktenzahl sowie zum Verfahrensstand)			
<b>Sind Sie durch einen Unfall oder durch Fremdverschulden hilfebedürftig geworden? Wenn ja, sind nachstehende Angaben zu machen:</b>			
<b>Name der schädigenden Person</b>		<b>Angaben zum Unfallgeschehen</b>	

<b>offene Verfahren</b> (Angaben zum zuständigen Gericht und der Aktenzahl sowie zum Verfahrensstand)			
erhaltene Schadensersatzzahlungen		zukünftige (regelmäßige) Schadensersatzzahlungen	

<b>Haben Sie innerhalb des letzten Jahres vor Antragstellung Vermögen verschenkt, oder sonst ohne entsprechende Gegenleistung an andere Personen übertragen</b>	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<b>Wenn ja, sind nachfolgende Angaben zu den Daten des Geschenknehmers zu machen:</b>	
<b>Familiennamen</b>	
<b>Vorname</b>	<b>Geb. Datum</b>
<b>Gesetzliche Vertretung (Eltern, Sachwalter)</b>	
<b>Hauptwohnsitz</b>	
<b>Angaben zum verschenktem Vermögen (Art, Wert des Vermögens,...)</b>	

<b>Die Anweisung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung soll auf nachstehendes Konto erfolgen:</b>			
<b>Kontoinhaber</b>			
<b>IBAN</b>			
<b>BIC</b>		<b>Bankinstitut</b>	

## Erklärungen und Verpflichtungen

**Ich erkläre ausdrücklich, dass meine Angaben wahr und vollständig sind.**

### **Ich verpflichte mich, dazu**

- meine Arbeitskraft in zumutbarer Weise einzusetzen;
- mein Einkommen und verwertbares Vermögen bei der Bemessung der Leistung einzusetzen;
- Ansprüche gegen Dritte zu verfolgen;
- alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind meine Vermittelbarkeit am Arbeitsmarkt, meine Arbeitsfähigkeit oder meine soziale Stabilisierung (z.B. Deutschkurse oder sozialarbeiterische Beratung und Betreuung als Hilfestellung zur (Wieder-)Erlangung der Arbeitsfähigkeit) zu verbessern;
- sämtliche mir von der Behörde vorgeschriebenen Maßnahmen zur besseren Integration (z.B. Besuch von eines zumindest achtstündigen Werte- und Orientierungskurses, Verrichtung gemeinnütziger Hilfstätigkeit,...) zu ergreifen;
- alle Umstände, die eine Änderung des Leistungsanspruches zur Folge haben könnten, insbesondere Änderungen der Einkommens- und Vermögens-, der Wohn- und der Familienverhältnisse binnen zwei Wochen der Behörde anzuzeigen.

### **Ich nehme zur Kenntnis, dass**

- Leistungen gekürzt bzw. eingestellt werden, insbesondere
  - ⇒ bei mangelnder Bereitschaft zum Einsatz der Arbeitskraft,
  - ⇒ bei Verweigerung von Maßnahmen die die Arbeitsfähigkeit fördern,
  - ⇒ bei Verweigerung von Maßnahmen zur sozialen Stabilisierung,
  - ⇒ bei Verweigerung von Maßnahmen zur besseren Integration (Deutschkurse, Werte- und Orientierungskurse),
  - ⇒ bei Verweigerung aller sonst zumutbaren Maßnahmen, die dazu beitragen selbst aus der Notlage herauszukommen;
- falsche Angaben oder das Verschweigen maßgebender Tatsachen die Einstellung und Rückforderung der bezogenen Leistung bewirken können;
- aufgrund von falschen Angaben oder dem Verschweigen maßgebender Tatsachen eine Verwaltungsstrafe verhängt oder eine Strafanzeige gegen mich erstattet werden kann;
- Leistungen, die wegen unwahrer Angaben, Verletzung der Anzeigepflicht oder Verschweigung wesentlicher Tatsachen zu Unrecht in Anspruch genommen wurden, rückzuerstatten sind;
- Personen, denen ich innerhalb des letzten Jahres vor Beginn der Hilfeleistung, während oder drei Jahre nach der Hilfeleistung Vermögen verschenkt oder sonst ohne entsprechende Gegenleistung übertragen habe, zum Ersatz der Kosten der bezogenen Leistung herangezogen werden können;
- Leistungen der Mindestsicherung grundbücherlich sichergestellt werden können.

Das beiliegende Informationsblatt habe ich gelesen und zur Kenntnis genommen	
Datum	Eigenhändige Unterschrift Des/der Antragsteller(in) oder des/der Sachwalter(in)

# ANTRAG AUF MINDESTSICHERUNG ZUSTIMMUNGSERKLÄRUNG

Die nachstehend genannten Personen stimmen hiermit der Verwendung (einschließlich Übermittlung) folgender personenbezogener Daten gemäß § 8 Abs. 1 Z 2 und § 9 Z 6 Datenschutzgesetz 2000 (DSG 2000), BGBl. I Nr. 165/1999 idgF., im Rahmen von Verfahren nach dem NÖ Mindestsicherungsgesetz (NÖ MSG), LGBl 9205, zu, soweit die Bezirksverwaltungsbehörde nicht bereits von Gesetzes wegen zur Datenverwendung ermächtigt ist.

Die Daten werden von der Bezirksverwaltungsbehörde ausschließlich zum Zweck der Entscheidung über Gewährung, Kürzung, Einstellung und Rückforderung von Leistungen nach dem NÖ MSG gemäß den Bestimmungen des NÖ MSG und des DSG 2000 verwendet und dazu von bzw. an folgende Stellen übermittelt:

- zuständige **Krankenkasse** (Versicherungsleistung)
- zuständige **Pensionsversicherungsanstalt** (anrechenbare Einkünfte, Verfahrensstand)
- zuständiger **Unfallversicherungsträger** (anrechenbare Einkünfte, Verfahrensstand)
- **Hauptverband der Sozialversicherungsträger** (Beschäftigungsverhältnisse)
- **Bezirksgericht – Grundbuch** (Eigentum einer Wohnung, Grundeigentum, Liegenschaft, Belastungen)
- **Gewerbebehörde und Wirtschaftskammer** (Gewerbeberechtigungen)
- **Niederlassungsbehörden und Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl** (Aufenthalts- und Asylstatus)
- **Behörden im Sinne des KFG 1967** (Besitz von Kraftfahrzeugen)
- **Örtliches Melderegister bzw. Zentrales Melderegister** (Meldedaten)
- **Amt der Niederösterreichischen Landesregierung** (Wohnbeihilfe, diverse Zuschüsse, etc.)
- **Finanzamt** (Mietzinsbeihilfe, Familienbeihilfe, Arbeitnehmerveranlagung, Einkommenssteuererklärung)
- **Ärzte, Krankenanstalten, Pflege- und Betreuungspersonen** (Daten über den Gesundheitszustand, z.B. medizinische Befunde und Sachverständigengutachten)
- **Bürgermeister** der Wohnsitzgemeinde über die Aufnahme, Beendigung oder Verweigerung der Annahme einer gemeinnützigen Hilfstätigkeit

Die nachstehend genannten Personen stimmen, soweit die Weitergabe und insbesondere automationsunterstützte Verwendung der Daten nicht ohnehin im NÖ MSG gesetzlich vorgesehen ist, der Erteilung von Auskünften und der – auch automationsunterstützt erfolgenden – Verwendung der Daten zu. Diese Zustimmungserklärung kann jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen werden. Gesetzliche Ermächtigungen der Behörden zur Datenverwendung werden von dieser Widerrufserklärung nicht berührt.

Im Falle des Widerrufs dieser Zustimmungserklärung sind die erforderlichen Unterlagen von der jeweiligen Person bzw. ihrer gesetzlichen Vertretung beizubringen. Auf die Mitwirkungs- und Anzeigepflichten von Hilfe suchenden Personen und Personen mit Mindestsicherungsbezug gemäß § 17 Abs. 2, § 23 Abs. 1 und § 24 Abs. 2 NÖ MSG wird hingewiesen.

Name (der am Mindestsicherungsantrag genannten Personen)	Unterschrift (eigenberechtigte Personen haben selbst zu unterschreiben; für nicht eigenberechtigte Personen hat der gesetzliche Vertreter zu unterschreiben)


**Ort und Datum:** .....